

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt,
Klimaschutz, Mobilität und Planung
am Freitag, dem 29.01.2021, im Großen Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 11:30 Uhr**

		Seite
.	<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1.	Bestellung einer Schriftführerin/einer Schriftführer und der Stellvertretung	006/2021 4
2.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	5
3.	Schnellbusförderung	007/2021 6
4.	Tarifmaßnahme 2021	010/2021 7
5.	Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) im Kreis Warendorf	008/2021 8
6.	Wasserstoff im Kreis Warendorf	045/2021 9
7.	Haushaltsplanberatungen 2021	002/2021 12
8.	Antrag Wasserstoff FWG-Kreistagsfraktion	024/2021 19
9.	Anfrage der SPD-Fraktion zur Umsetzung und Kontrolle von naturschutzrechtlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen	011/2021 20
10.	Antrag der SPD-Fraktion zum Thema "Der Kreis Warendorf als Öko-Modellregion"	012/2021 21

Anwesend:

Ausschussmitglieder
Blex, Christian, Dr.
Budde, Heinrich
Claßen, Anne
Dufhues, Hannelore
Grap, Valeska
Grobecker, Hubert
Gutsche, Guido
Hamann, Maria
Heringloh-Poll, Norbert
Lepper, Martin
Maschelski-Werning, Sophia L.
Ommen, Detlef
Richter, Konrad
Rosenbaum, Ulf
Schlösser, Ulrich
Schmedding, Josef
Tegelkämper, Paul
Tentrup-Beckstedde, Christoph
von der Verwaltung
Bleicher, Herbert, Dr.
Hackelbusch, André
Kalthoff, Manuela
Kleier, Ulrike
Terwey, Martin

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder
Ströse, Dana

Der Vorsitzende, Herr Gutsche, eröffnet um 9.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass die Ladung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Mobilität und Planung mit der Einladung vom 18.01.2021 fristgerecht erfolgt ist.

Die sachkundigen Bürger, die zu Mitgliedern von Ausschüssen bestellt werden, können vom Ausschussvorsitzenden eingeführt und verpflichtet werden (§ 46 Abs. 3 der Kreisordnung mit Verwaltungsvorschriften).

Der Ausschussvorsitzende bestellt den sachkundigen Bürger, Herrn Konrad Richter, der folgende Verpflichtungsformel nachspricht:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle des Kreises erfüllen werde.“

Frau Dana Ströse, die als sachkundige Bürgerin für „Die Fraktion“ im Ausschuss tätig wird, fehlt entschuldigt und wird in einer der nächsten Sitzungen verpflichtet.

I. Öffentlicher Teil

1.	Bestellung einer Schriftführerin/einer Schriftführer und der Stellvertretung	006/2021
----	---	-----------------

Herr Gutsche schlägt zur Wahl für die Funktion des Schriftführers Herrn Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Herbert Bleicher vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 17 Nein 0 Enthaltung 0

2. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
--	--

Auf Nachfrage des Vorsitzenden meldet sich kein Einwohner / keine Einwohnerin zu Wort.

3. Schnellbusförderung

007/2021

Dr. Bleicher erläutert die Rahmenbedingungen der Förderung und gibt das Wort an Herrn Terwey weiter, der anhand der beigefügten Folien die Maßnahmen erläutert.

Er erklärt, dass das Angebot der Schnellbuslinien S20 und S35 aufgestockt werden soll und dass es sich in der Summe um ein Plus von 163.000 Kilometern Betriebsleistungen im Jahr handeln wird.

Für die Förderung der Schnellbuslinien stehen dem Kreis 206.000 Euro pro Jahr plus einem Anteil aus Münster zur Verfügung. Solange dieses Budget nicht überschritten wird, handelt sich um eine 100 prozentige Förderung.

Herr Ommen bedankt sich für die Ausführungen und erklärt, dass die SPD-Fraktion diese Maßnahme unterstützt. Außerdem führt er aus, dass er sicher ist, dass es diese Förderung auch über das Jahr 2023 hinaus geben wird. Insbesondere regt er an, dass an dem Schnellbuskonzept Oelde-Beckum-Ahlen-Drensteinfurt gearbeitet werden sollte, da dieses eine positive Bewertung erhalten hat.

Herr Blex, AfD-Fraktion, wendet ein, dass hier das Geld anderer Leute ausgegeben würde und möchte wissen, von welcher Fahrgastzahl ausgegangen wird.

Herr Terwey erklärt, dass es keine konkreten Fahrgastprognosen gibt und dass es sich um eine Angebotsplanung handelt, bei der dann zum Ende des Förderzeitraums die Auslastung betrachtet werden muss.

Für die CDU-Fraktion erklärt Herr Schmedding, dass diese die Angebotsverbesserungen begrüßt und dass gerade dieser Bereich gestärkt werden soll.

Herr Schlösser schließt sich für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen diesen Ausführungen an.

Ergänzend zu dieser Vorlage teilt Herr Dr. Bleicher mit, dass in einer der kommenden Sitzungen zum Thema „Mobiles Münsterland“ berichtet wird.

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage der münsterlandweiten Abstimmungen sowie der in der Vorlage und in der Sitzung dargestellten Hinweise einen Förderantrag zur Schnellbusförderung zu stellen.
2. Der Nahverkehrsplan des Kreises Warendorf wird dahingehend fortgeschrieben, dass es sich aufgrund der Förderung zunächst um zeitlich befristete Maßnahmen handelt, die zum Ende des jeweiligen Förderzeitraums ausgewertet werden müssen, um über eine Fortführung zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
Ja 16 Nein 1

4. Tarifmaßnahme 2021

010/2021

Herr Dr. Bleicher erklärt, dass zur Tarifgemeinschaft 28 Partner gehören, die alle mit dieser Maßnahme einverstanden sein müssen. Er erläutert, dass es im vergangenen Jahr einige Anpassungen gegeben hätte, die die Tarifsteigerungen im Wesentlichen nachvollziehbar machen.

Weiterhin erläutert Herr Dr. Bleicher, dass es zur Attraktivitätssteigerung des ÖPNVs nur maßvolle Preiserhöhungen für die Fahrgäste geben solle. Diese würden jetzt durchschnittlich 1,34 % betragen. Bei den Tickets im Gelegenheitsverkehr ist keine Erhöhung und bei den Zeit- und SchülerMonatsTickets eine Erhöhung um bis zu 2 % vorgesehen.

Herr Ommen erklärt, dass es sich zwar um eine maßvolle Erhöhung handelt, es aber trotzdem eine Erhöhung ist. Grundsätzlich lehnt die SPD-Fraktion eine Steigerung der Ticket-Preise ab. Sie ist sich aber durchaus bewusst, dass eine Ablehnung der Vorlage nicht leistbare Folgen für die Tarifgemeinschaft hätte. Deshalb werden sich die Ausschussmitglieder bei der Abstimmung enthalten und regen für die Zukunft neue Maßnahmen an, wie z. B. das pauschale Schülerticket, das Jobticket und das E-Ticket mit den Luftlinienentfernungen weiter zu forcieren.

Herr Blex wendet ein, dass die Preiserhöhung eine Auswirkung der CO₂-Steuer wäre und dass hier ein hochsubventioniertes Produkt wie der ÖPNV noch weiter gefördert wird. Er hält es für unsozial, dass das zu Lasten der Steuerzahler geht.

Herr Schmedding, erklärt, dass die CDU-Fraktion der Tarifmaßnahme zustimmt und dass die Gruppe der Schüler im Vordergrund stehen sollte.

Ebenso schließt sich Herr Schlösser für die Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen an und wünscht sich weitere Maßnahmen, wie z. B. die Einführung eines 365-Euro-Tickets.

Herr Richter begrüßt die Maßnahme ebenfalls.

Beschlussvorschlag:

Der dargestellten Tarifmaßnahme zum 01.08.2021 mit einer durchschnittlichen Erhöhung der Ticketpreise um 1,34% wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
Ja 12 Nein 1 Enthaltung 4

5.	Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) im Kreis Warendorf	008/2021
-----------	---	-----------------

Herr Dr. Bleicher erläutert die Vorlage und erklärt, dass ggfls. ohne einen „Not-ÖDA“ die Leistungserbringung durch die Westfalen Bus GmbH nicht mehr möglich sein könnte und verweist auf Dringlichkeitsbeschluss von Ende 2020. Er bittet um Zustimmung zu dem Grundsatzbeschluss.

Beschlussvorschlag:

1. Der Bericht über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den ÖPNV wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, weitere Vereinbarungen über die Gewährung von Ausgleichsleistungen zur übergangsweisen Sicherstellung einer ausreichenden Verkehrsbedienung (sog. „Not-ÖDA“) abzuschließen, soweit es einen weiteren ÖPNV-Rettungsschirm geben wird und sich dessen Rahmenbedingungen inhaltlich und finanziell nicht nachteilig auf den Kreis Warendorf auswirken.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 17 Nein 0 Enthaltung 0

6. Wasserstoff im Kreis Warendorf

045/2021

Der Ausschussvorsitzende Herr Gutsche bedankt sich für die umfangreichen schriftlichen Erläuterungen der Verwaltung zum Thema Wasserstoff. Er weist auf den Antrag der CDU-Fraktion zu diesem Tagesordnungspunkt hin und bittet um Zustimmung, dass der Tagesordnungspunkt 8 – Antrag der FWG-Fraktion zum Thema Wasserstoff – vorgezogen wird und unter diesem TOP mitbehandelt wird. Dieser Vorgehensweise wird zugestimmt.

Herr Gutsche bittet die Verwaltung, sich den großen Strukturen weiterhin anzuschließen, da es sich um ein münsterlandweites und grenzüberschreitendes Thema handelt, welches auch von der Regierungspräsidentin unterstützt wird.

Dazu erklärt Herr Dr. Bleicher, dass diese Thematik schon im vergangenen Jahr auf der Agenda stand und dass die Aktivitäten des Kreises auf verschiedenen Handlungsfeldern zum Thema Wasserstoff wichtig sind. Die möglichen Vernetzungsmöglichkeiten werden seitens des Kreises Warendorf genutzt.

Darüber hinaus erläutert er, dass zur Stromgewinnung für die Wasserstoffherstellung die Windenergieanlagen genutzt werden könnten, für die zukünftig die EEG-Förderung ausläuft. Es seien mit Stand November 2020 insgesamt 38 Windenergieanlagen bekannt, die älter als 18 Jahre seien. Ob diese Anlagen grundsätzlich für eine Wasserstoffproduktion in Frage kommen, bleibt weiteren Analysen vorbehalten.

Dr. Bleicher führt aus, dass münsterlandweit RVM-Linien mit wasserstoffbetriebenen Bussen geprüft werden. Sollte im Kreis Warendorf künftig die Möglichkeit bestehen Wasserstoff zu tanken, könnte diese Linie auch durch den Kreis Warendorf geroutet führen. Denkbar sind auch mobile Betankungsmöglichkeiten. Herr Pieperjohanns, Geschäftsführer der RVM wird in einer der nächsten Ausschusssitzungen die Planungen vorstellen. Ggf. kann dann ein Grundsatzbeschluss zum Einsatz von Wasserstoffbussen gefasst werden.

Bezogen auf industrielle Anwendungsmöglichkeiten stellt im Kreis Warendorf die Zementindustrie einen möglichen Partner dar. Die in Beckum ansässige Firma Polysius hat hierzu Interesse bekundet, mit den Zementern ins Gespräch zu kommen.

Außerdem findet eine Vernetzung der Münsterland-Kreise statt, um eine gemeinsame Strategie zu entwickeln.

Bezugnehmend auf den Antrag der FWG-Fraktion erklärt Dr. Bleicher, dass der Kreis nicht in die Planungshoheit der Städte und Gemeinden im Kreis Warendorf eingreifen kann. Einige der im Antrag aufgeführten Punkte (Spiegelstriche 2 und 3) des Antrages betreffen planungsrechtliche Themen.

Des Weiteren sagt er zu, dass die gfw einbezogen werden soll, da diese den Draht zu den Unternehmen im Kreis Warendorf hat und diese Kontakte genutzt werden können.

Der Ausschussvorsitzende erklärt, dass im Kölner Raum bereits Testungen von

PKWs gefahren werden und Reichweiten von 600 Kilometern mit einem wasserstoffbetriebenen PKW möglich sind. Allerdings wird dort industrieller Wasserstoff verwendet. Im Münsterland fokussiert sich die Planung auf sogenanntem „grünen“ Wasserstoff. Herr Gutsche führt aus, dass er sich ebenfalls die Energiegewinnung aus den WEAs, deren Förderung ausgelaufen sind, gut vorstellen kann.

Herr Lepper, FWG-Fraktion, erläutert, dass Tankstellenbetreiber sicherlich eine Mindestabnahmemenge als Voraussetzung für den Betrieb einer Wasserstofftankstelle vereinbaren möchten.

Dr. Bleicher erwidert, dass der Kreis Warendorf sicherlich keine Abnahmeverpflichtung geben wird. Allerdings wäre vorstellbar, dass die RVM die Busse dort betankt.

Herr Ommen stellt heraus, dass Wasserstoff ein sehr wichtiges Thema ist und ist der Auffassung, dass der Bericht der Verwaltung die Anträge der CDU- und FWG-Fraktion beinhaltet. Seine Fraktion hat die Anträge zustimmend zu Kenntnis genommen und schließt sich an, dass er ebenfalls die Nutzung der WEAs zur Energiegewinnung für die Herstellung von Wasserstoff bevorzugt. Er ist der Meinung, dass sicherlich nicht alles direkt auf Wasserstoff umgestellt werden kann, da die Herstellung von Wasserstoff sehr stromintensiv ist.

Herr Dr. Blex möchte, dass die wissenschaftliche Seite mehr betrachtet werden sollte, da es sich um einen syntethischen Kraftstoff handelt und somit keinen Primärenergiequelle ist. Den Einsatz der kostenintensiven WEAs stellt er in Frage.

Daraufhin erwidert Herr Gutsche, dass es sich beim Wasserstoff um eine zukunftsweisende Antriebsform handelt und es sich um langfristige Überlegungen handelt.

Herr Schmedding erklärt, dass die CDU-Fraktion sich schon lange mit diesem Thema befasst und er die kontinuierliche Weiterentwicklung für unabdingbar hält. Der Grüne Strom vor Ort könnte gut für die Umwandlung in Wasserstoff genutzt werden. Er wünscht sich auch für das kommende Jahr weiterhin eine sachliche Darstellung der Weiterentwicklungen dieses Themas aus der Verwaltung.

Frau Grap erläutert, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für dieses Thema immer offene Ohren hat, da der Handlungsbedarf gegeben ist. Sie stellt die Verpflichtung heraus, diesen Planeten für die künftigen Generationen zu erhalten. Sie befürwortet die Planung der Anschaffung von zwei Wasserstofffahrzeugen durch den Kreis Warendorf und hebt die 80 % - Fördermöglichkeit hervor.

Herr Lepper betont, dass für ihn der grüne Wasserstoff im Vordergrund steht und die Nachhaltigkeit zählt, wenn gewollt ist, dass die Menschen weiter existieren können.

Dr. Blex betont noch einmal, dass das Thema wissenschaftlich betrachtet werden muss und sich immer die Frage stellt, wo und zu welchen Kosten die Primärenergie herkäme.

Nach der angeregten Diskussion erklärt sich Herr Lepper als Vertreter der FWG-Fraktion einverstanden, die Punkte des Antrages unter Spiegelstrich 2 und 3, die sich auf die Planungshoheit der Gemeinden auswirken würden, vom Antrag auszuneh-

men.

Herr Gutsche stellt den modifizierten Antrag der FWG-Fraktion zur Abstimmung.
Anschließend stellt er den Antrag der CDU-Antrag mit dem Wunsch, dass die bisher eher lockeren Gesprächsrunden zu einer festen Allianz zum Thema Wasserstoff werden, zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
Ja 16 Nein 1 Enthaltung 0

7. Haushaltsplanberatungen 2021

002/2021

Nachdem Herr Gutsche in das Thema Haushaltsplanberatungen einführt, erklärt Herr Ommen, dass die SPD-Fraktion einen Antrag zur Produktgruppe 1201 gestellt hat. Dieser Antrag beinhaltet die Bildung eines eigenen Produktes für den Radverkehr, um die Finanzierung und zeitliche Übersicht der Maßnahmen deutlicher darstellen zu können. Dieser Antrag wurde dem Bauausschuss zugeordnet und wird dort behandelt. Trotzdem wünscht er sich für eine der kommenden Sitzungen einen Bericht zum Radverkehrskonzept im UKMP.

Herr Blex erwähnt, dass er die letzten Anträge nicht in Papierform erhalten hat. Diese wurden am 25.01.2021 verschickt.

Herr Dr. Bleicher erklärt die vorbereitete Präsentation, die sowohl die Fragen der Fraktionen als auch die vorliegenden Anträge darstellt. Die Präsentation ist dem Protokoll beigelegt.

Produkt 090110 – Räumliche Planung und Entwicklung

Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Rahmen der Haushaltsberatungen

Frage:

Was sind die flankierenden Maßnahmen zum Thema fahrradfreundliche Stadt?

Antwort der Verwaltung:

Die flankierenden Maßnahmen zur Radverkehrsförderung sind in den Kapiteln 8 und 9 des Radverkehrskonzeptes Kreis Warendorf beschrieben.

Es handelt sich dabei um Maßnahmen zur Radverkehrsförderung, die parallel oder auch im Vorgriff auf konkrete Radwegebaumaßnahmen, die den Schwerpunkt des Konzeptes bilden, durchgeführt werden können. Damit soll erreicht werden, dass unabhängig von den zeit- und kostenintensiven reinen Wegebaumaßnahmen auch "kleinere" Projekte umgesetzt werden können, die die Nutzung des bzw. den Umstieg auf das Rad attraktiver machen.

Themen sind das Fahrradparken, die Verknüpfung im Umweltverbund, ein fortlaufendes Qualitätsmanagement, ordnungsrechtliche Maßnahmen sowie Kommunikationsmaßnahmen.

Beispiele solcher Maßnahmen sind:

- Markierung von Velorouten
- Neubau und Umrüstung von Fahrradstellplätzen (z. B. Austausch von „Fellgenkillern“ gegen Anlehnbügel)
- Konzeption und Planung von Mobilstationen
- Routenkontrollen (z. B. EmsRadweg, WerseRadweg)

- Aufhebung Radwegebenutzungspflicht, Freigabe von Einbahnstraßen, Einrichtung von Fahrradstraßen, Entfernung von Pollern und Umlaufsperrern
- Aktionen und Kampagnen (z. B. Aktion Licht, Mit dem Rad zur Arbeit, Stadtradeln)

Antrag der CDU-Fraktion –Konzept für eine zukunftsweisende Mobilität - Mobilitätskonzept für den Kreis Warendorf

Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen - Antrag auf Einrichtung einer Stelle Mobilitätsmanagement

Herr Gutsche erläutert den Antrag der CDU-Fraktion, der die Bereitstellung von 20.000 € für die externe Begleitung zur Erstellung eines Mobilitätskonzeptes beinhaltet. Er ergänzt, seine Fraktion würde die Nutzung von Ressourcen beim Kreis Warendorf begrüßen, wenn diese innerhalb der Verwaltung vorhanden sind. Die CDU-Fraktion hält eine personelle Konzentration der komplexen Aufgaben für sinnvoll und notwendig.

Herr Grobecker, Fraktion Bündnis90/Die Grünen erklärt, dass es seiner Fraktion um die Einrichtung einer Stelle für das Mobilitätsmanagement geht, da es sich gerade im ländlichen Raum um ein kompliziertes Thema handelt. Bei der Erstellung eines Mobilitätskonzeptes sind, seiner Auffassung nach, viele Aspekte zu berücksichtigen. Es sind u. a. auch der Radverkehr, Mobilitätszentren, etc. zu berücksichtigen.

Herr Schmedding, CDU-Fraktion, ergänzt, dass der Antrag seiner Fraktion die Einrichtung der Stelle für das Mobilitätsmanagement sehr nahekommt, aber auch eine externe Begleitung möglich ist. Er regt an, dass auch der Tourismus mit einbezogen werden soll. Für ihn könnte auch ein Mobilitätsmanager aus der Verwaltung in Frage kommen.

Herr Ommen, SPD-Fraktion, begrüßt die beiden Anträge und stellt heraus, dass seine Fraktion auf einen eigenen Antrag verzichtet hat, da diese beiden Anträge sehr sinnvoll sind und seine Fraktion bereits im Wahlprogramm dieses Thema aufgegriffen hat. Seiner Fraktion ist es wichtig, dass die personelle Ressource für diese Aufgabe geschaffen wird. Die SPD-Fraktion kann sich dem Antrag auf Einrichtung einer eigenen Stelle für das Mobilitätsmanagement vorstellen und wünscht sich eine Bestandsaufnahme zu dem Thema bis zum Sommer dieses Jahres. Herr Ommen erklärt, dass sich die SPD-Fraktion beiden Anträgen anschließen kann.

Herr Grobecker hebt hervor, dass eine Stelle für das Mobilitätsmanagement eingerichtet werden soll, da somit auch die besondere Wichtigkeit der Thematik dargestellt wird.

Daraufhin betont Herr Dr. Blex, dass sich die Wirtschaft auf Talfahrt befindet und die Politik eine Verantwortung gegenüber dem Bürger hat und nicht so einfach 20.000 € oder 80.000 € für solche Zwecke in den Haushalt eingestellt werden können.

Herr Gutsche stellt die Frage, ob eine Abstimmung über die Anträge sinnvoll ist. Oder ob zunächst eine Untersuchung innerhalb der Verwaltung zur Umsetzung des Vorhabens erfolgen soll.

Herr Dr. Bleicher regt an, den Auftrag an die Verwaltung zu geben, die erforderlichen Kapazitäten zur Erstellung eines Mobilitätskonzeptes zu prüfen. Er fügt hinzu, dass dazu auch die Erfahrungen anderer Stellen genutzt werden können. Bis zum Sommer sollte dann ein Konzept stehen, ob die Umsetzung mit eigenen Mitarbeitern oder mit zusätzlichem möglich ist.

Herr Ommen kann den Vorschlag nachvollziehen und regt an, eine Stelle im Haushaltsplan einzurichten und diese mit einem Sperrvermerk zu versehen, damit diese da ist, wenn sie gebraucht wird.

Herr Grobecker erwidert, dass die Fraktion Bündnis90/Die Grünen extra keinen Prüfantrag gestellt hat, da direkt Personen benötigt werden, um zu bündeln und zu handeln.

Daraufhin schlägt Herr Gutsche vor eine Stelle ab Juli in den Stellenplan mit Sperrvermerk und 40.000 € Personalkosten in den Haushalt einzustellen.

Daraufhin beantragt Frau Grap um 10.40 Uhr eine Sitzungsunterbrechung damit sich die Fraktionen beraten können.

Die Sitzungsunterbrechung wird um 10.50 Uhr beendet.

Die CDU-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklären, dass die Entscheidung über die Anträge vertagt wird und an den Kreisausschuss zur Beschlussfassung gegeben wird.

Produkt 100310 – Denkmalschutz und – pflege

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion auf einen Zuschuss zur Unterstützung und Instandsetzung des Gebäudes der ehemaligen jüdischen Synagoge in Telgte (s. auch Antrag Stadt Telgte)

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf einen Zuschuss zur Unterstützung und Instandsetzung des Gebäudes der ehemaligen jüdischen Synagoge in Telgte (s. auch Antrag Stadt Telgte)

Herr Gutsche erklärt, dass die CDU-Fraktion die Anträge der beiden Fraktion unterstützt.

Herr Ommen stellt die geschichtliche und gesellschaftliche Bedeutung des Gebäudes hervor und deshalb möchte die SPD-Fraktion das Ansinnen der Stadt Telgte mit 10.000 € unterstützen.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen weist Frau Grap darauf hin, dass sich die Gesamtkosten für das Projekt auf 200.000 €, von denen 100.000 € gefördert wer-

den, belaufen. Sie ergänzt, dass der Zuschuss in Höhe von 10.000 € förderunschädlich ist und hebt den kulturellen und religiösen Wert dieser Maßnahme hervor. Sie ergänzt, dass zukünftig die Möglichkeit zur Besichtigung auch für Schulklassen besteht.

Herr Lepper hält die Förderung in Höhe von 10.000 € für zu gering.

Daraufhin erwidert Herr Schmedding, dass es darum geht ein symbolisches Zeichen zu setzen und solche Maßnahmen seitens des Kreises Warendorf zu unterstützen.

Herr Blex schließt sich den Ausführungen an und hebt die Wichtigkeit hervor.

Antrag: Die Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 10.000 € für die Stadt Telgte zur Renovierung und Instandsetzung des Gebäudes der ehemaligen Synagoge in Telgte wird beantragt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja 16 Nein 1 Enthaltung

Produkt 110110

Frage der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen: Was passiert zur Abfallvermeidungen?

Herr Dr. Bleicher weist auf die Wertstoffwerkstatt der AWG hin. Diese wurde eingerichtet, um über die Abfallverwertung und Abfallvermeidung aufzuklären. Insbesondere geht es um die Beratung der Schüler und Schülerinnen. Er ergänzt, dass eine Beratungsmobil angeschafft werden soll, welches auf Events und Veranstaltungen eingesetzt werden kann.

Produkt 130110 – Landschaftspflege, Naturschutz

Antrag der CDU-Fraktion - Beitrag des Kreises Warendorf zum Klima- und Naturschutz - Programm zur Anpflanzung von 280.000 Bäumen

Herr Schmedding erläutert den Antrag und sieht diesen auch als Signal, um den klimatischen Ereignissen der letzten Jahre entgegenzuwirken, die das Absterben von Wäldern zur Folge hatte. Die CDU-Fraktion sieht die Politik in der Verantwortung nachzurüsten und Flächen zu finden auf denen Neuanpflanzungen erfolgen sollen. Hierzu soll nach dem Willen seiner Fraktion keine Ackerfläche, die landwirtschaftlich genutzt wird, zur Waldfläche umgewandelt werden. Vielmehr geht es seiner Fraktion um die Nutzung von Ausgleichsflächen und die Einbeziehung der Waldbauern in diese Maßnahme. Die CDU-Fraktion könnte sich vorstellen, 25.000 € als Sofortmaßnahme für diesen Zweck in den Haushalt einzustellen.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt Frau Grap, dass sie sich dem Antrag anschließt und es ebenfalls für wichtig hält, die Waldbauern einzubeziehen und Flächen zu aquirieren. Sie sieht die Maßnahme als Schritt in die richtige Richtung.

Herr Ommen stimmt dem Antrag ebenfalls zu und fügt hinzu, dass dieses Thema schon häufiger auf der Tagesordnung stand. Er weist auf den Auftrag an die Verwaltung hin, in Zusammenarbeit mit den Kommunen ein Kataster zu erstellen. Er sieht den Antrag der CDU-Fraktion als gute Ergänzung dazu. Herr Ommen erwähnt, dass das Ergebnis zum Thema Waldkataster dem Ausschuss noch nicht vorliegt.

Herr Schmedding stellt, ergänzend zu dem bereits vorliegenden Antrag, den Antrag 25.000 € in den Haushalt 2021 einzustellen.

Her Blex wendet ein, dass sich die Politik nicht mal einig ist, was überhaupt gepflanzt werden soll und er diesen Antrag nicht unterstützen wird.

Zu dem Antrag erklärt Herr Lepper, FWG-Fraktion, dass die Waldbauern häufig schon eine Förderung erhalten und er die Gefahr einer Doppelförderung sieht. Wichtig wäre es auf jeden Fall, klimagerechte Gehölze zu pflanzen.

Herr Terwey ergänzt, dass das Thema „Waldmehrung“ kein einfaches Thema ist, auch die Aspekte der Zuständigkeit berücksichtigt werden müssen und der Landesbetrieb Wald und Holz hier federführend einbezogen werden muss. Er fügt hinzu, dass für 280.000 Bäume eine Fläche von rechnerisch 56 Hektar benötigt würde. Deshalb ist die Suche nach geeigneten Flächen notwendig und dann mit den beteiligten Stellen zu klären, wer welchen Beitrag dazu leisten kann. Aufgrund der Komplexität des Themas und vielfältiger Fragen, muss klar sein, dass die Maßnahme aber nichtEs stellt sich die Frage, wo die Flächen vorhanden sind und gibt zu verstehen, dass der Antrag passt, die Maßnahmen aber nicht von heute auf morgen umzusetzen sind

Antrag: Die CDU-Fraktion beantragt in der Sitzung ergänzend zum vorliegenden Antrag 25.000 € in den Haushalt 2021 einzustellen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja 15 Nein 1 Enthaltung 1

140210 – Bodenschutz, Altlasten und Abgrabungen

Frage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Wie ist der Sachstand bei der Wasserqualität und der Grundwassersituation?

Herr Dr. Bleicher erklärt, dass er zu dem Thema gerne in einer der nächsten Sitzungen berichten möchte.

140310 - Klimaschutz

Frage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Wer weist auf die Beratung der Verbraucherzentrale hin, Klimaschutzmanager oder Bauamt?

Wie viele Beratungen sind von der Verbraucherzentrale in 2019 und 2020 durchgeführt worden? Nach Themenbereichen (auch Energieberatung) und Präsenz- oder Telefonberatung

Frau Grap erklärt, dass die Beantwortung der Frage auch gerne in schriftlicher Form erfolgen kann.

Herr Dr. Bleicher sagt zu, dass er die Zahlen, Daten und Fakten dem Protokoll beifügen wird.

Die Antworten sind diesem Protokoll beigefügt.

Anträge der AfD-Fraktion:

Reduzierung des Ansatzes für Ökoprofit

Streichung des Ansatzes für Energetische Gebäudesanierung / Kompliment Altes Haus! Aktion Neubau

Streichung des Ansatzes für den European-Energy-Award

Streichung des Ansatzes für das Kreisentwicklungsprogramm im Teilbereich 140310

Streichung der Position des „Klimaschutzmanagers“

Herr Blex erläutert seine Anträge damit, dass in der derzeitigen Situation gespart werden muss.

Da er aber davon ausgeht, dass seine Anträge nicht unterstützt werden, schlägt er vor, über die Anträge en bloc abzustimmen.

Dem Antrag auf Abstimmung en bloc wird einstimmig zugestimmt.

Abstimmung über die Anträge der AfD-Fraktion:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja 1 Nein 16 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

Dem Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2021 wird, soweit eine Zuständigkeit des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Mobilität und Planung gegeben ist, zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

Ja 13 Nein 1 Enthaltung 3

Beschlussvorschlag:

Dem Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2021 wird, soweit eine Zuständigkeit des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Mobilität und Planung gegeben ist, zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
Ja 12 Nein 1 Enthaltung 4

8. Antrag Wasserstoff FWG-Kreistagsfraktion

024/2021

Dieser Tagesordnungspunkt wurde unter TOP 6 behandelt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
Ja 16 Nein 1 Enthaltung 0

9.	Anfrage der SPD-Fraktion zur Umsetzung und Kontrolle von naturschutzrechtlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen	011/2021
-----------	--	-----------------

Die SPD-Fraktion verzichtet auf die Beantwortung der Anfrage im Ausschuss.

Die Antworten werden deshalb in der Sitzung ausgehändigt und sind diesem Protokoll beigelegt.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

10.	Antrag der SPD-Fraktion zum Thema "Der Kreis Warendorf als Öko-Modellregion"	012/2021
-----	---	-----------------

Erläuterungen:

Siehe hierzu den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 18.12.2020, der als Anlage beigefügt ist.

Herr Ommen erläutert den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion.

Herr Budde, CDU-Fraktion, merkt an, dass die Landwirtschaft weiterhin auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben muss. Er wendet ein, dass man das Ganze weitflächiger und nicht nur regional sehen muss. Er stellt die Frage, was hinter der Modell-Region Öko-Landwirtschaft steckt und schlägt vor, dieses noch in der eigenen Fraktion zu diskutieren und die Entscheidung in den Kreisausschuss zu vertagen.

Herr Dr. Blex ist der Auffassung, dass dieses Modell 50 – 70 Prozent Umsatzeinbußen zur Folge hat.

Herr Ommen ergänzt, dass der Vorschlag von der CDU-Ministerin Heinen-Esser gemacht wurde und ein Konsens in den Fraktionen geben vorteilhaft wäre. Für den Beratungsbedarf der CDU-Fraktion äußert er Verständnis.

Herr Dr. Bleicher hält es für sinnvoll, sich gemeinsam mit den anderen Münsterland-Kreisen als Münsterland-Region zu bewerben. Die Bewerbung könnte auch evtl. über den Münsterland e. V. erfolgen. Er ist der Auffassung, dass die gemeinsame Bewerbung als Region ein besonderes Gewicht bekommt.

Daraufhin ergänzt Herr Budde, dass das eine weitreichende Entscheidung ist und betont den intensiven Beratungs- und Diskussionsbedarf in der Fraktion. Deshalb schlägt er die Weitergabe des Antrages an den Kreisausschuss vor.

Der Ausschussvorsitzende stellt klar, dass man sich diese Zeit nehmen sollte, da es sich um einen strukturell weitreichenden Antrag handelt.

Die Fraktionen verständigen sich, dass der Antrag im Kreisausschuss entschieden werden soll.

Abstimmungsergebnis: vertagt

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt der Ausschussvorsitzende um 11.30
Uhr die Sitzung.

Guido Gutsche
Vorsitzender

Dr. Herbert Bleicher
Schriftführer